

Neokolonialismus in Gaza

Yara Hawari, newint.org, 06.01.26

Die Zukunft der Palästinenser wird erneut für sie entschieden, da sie durch den neuen Trump-Plan enteignet werden, argumentiert Yara Hawari. Wann werden die Palästinenser endlich frei von neu aufgelegtem Kolonialismus sein?

Der Waffenstillstand vom 9. Oktober bot den Menschen in Gaza eine kurze, aber willkommene Atempause nach zwei Jahren unerbittlicher israelischer Bombardements und gezielter Hungeraktionen.

Der neue Kolonialismus muss nicht die einzige Option sein. Im Januar 2025 wurde ein Dokument mit dem Titel „Phoenix Plan“ von einem interdisziplinären und generationsübergreifenden Konsortium palästinensischer Experten veröffentlicht. Diese gemeinsame Initiative, die Stimmen aus Gaza, der Westbank und der Diaspora zusammenbrachte, hatte zum Ziel, die kurz- bis mittelfristigen Bedürfnisse der Palästinenser in Gaza anzugehen.

Es handelt sich dabei um einen Angriff, der von internationalen Rechtsorganen, Menschenrechtsorganisationen und vor allem von den Menschen, denen er zugefügt wurde, als Völkermord anerkannt wurde. Es bleibt auch ungewiss, ob der Waffenstillstand halten wird – oder was die nahe Zukunft für die Palästinenser in Gaza und darüber hinaus bringen wird.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels (im November 2025) hat das israelische Regime den Waffenstillstand bereits mindestens 282 Mal verletzt und dabei mindestens 242 Palästinenser getötet (am 30. Januar 2026 waren es 492 – Pako).

Bei einem dieser Vorfälle wurde ein Bus mit zwei Familien bombardiert, wobei 11 Menschen, darunter sieben Kinder, ums Leben kamen. Bei einem schweren Bombardement am 28. Oktober starben weitere 64 Menschen.

Als Teil des Waffenstillstandsabkommens hat die israelische Armee eine unsichtbare Rückzugsgrenze gezogen: die „gelbe Linie“. Das Gebiet jenseits dieser Linie umfasst insgesamt etwa 53 Prozent des Gazastreifens und beinhaltet den Großteil der landwirtschaftlichen und industriellen Flächen. Es ist auch das, was das israelische Regime als „Hamas-freie Zone“ betrachtet – in Wirklichkeit ist es fast vollständig entvölkert. 1

Viele in Gaza befürchten, dass diese Linie dauerhaft bestehen bleibt und den Gazastreifen in zwei Hälften teilt. Diejenigen, die versuchen, in ihre Häuser zurückzukehren, können nur vermuten, wo die Trennlinie verläuft. Diejenigen, die sie überschritten haben, taten dies unwissentlich, und viele

wurden von Scharfschützen oder Drohnen ins Visier genommen und getötet. Die Situation erinnert erschreckend an die Monate nach der Nakba von 1948, als Palästinenser, die in den Libanon geflohen waren, versuchten, in ihre Heimat zurückzukehren, und dabei erschossen wurden.²

Der durch den Völkermord verursachte Schaden ist enorm und verschlimmert sich weiter. Die offizielle Zahl der von den israelischen Streitkräften getöteten Palästinenser liegt bei 69.000 (Ende Januar 2026 anerkannten die Israelis 70.000, das palästinensische Gesundheitsministerium geht von 71.662 Getöteten aus), und es wird erwartet, dass weitere 10.000 bis 14.000 Leichen aus den Trümmern geborgen werden. Die tatsächliche Zahl der Opfer des Völkermords dürfte jedoch noch viel höher liegen. Laut einem Artikel in der medizinischen Fachzeitschrift Lancet beträgt die konservative Schätzung bei typischen „Konflikten“ vier indirekte Todesfälle pro direktem Todesfall. Das bedeutet, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer in Gaza weit über 300.000 liegen könnte.

Über die erschütternden Verluste an Menschenleben hinaus wurde das physische und soziale Gefüge Gazas zerstört und die grundlegende Infrastruktur des Gazastreifens – Wasser, Strom und Abwasserentsorgung – systematisch demontiert. Das Gesundheitssystem Gazas wurde vollständig ruiniert: Alle Krankenhäuser wurden bombardiert, Hunderte von medizinischen Fachkräften wurden gezielt getötet oder entführt, und lebensrettende Hilfslieferungen werden weiterhin blockiert. Die Folge sind Tausende vermeidbarer Todesfälle und das Wiederauftreten vermeidbarer Krankheiten wie Meningitis, Atemwegserkrankungen und Durchfall.

Mittlerweile lebt der Großteil der Bevölkerung Gazas in Notunterkünften oder inmitten der Trümmer bombardierter Gebäude – einige buchstäblich auf den Trümmern ihrer zerstörten Häuser. Das Gewicht dieser Trümmer wird auf 50 Millionen Tonnen geschätzt. Forscher haben berechnet, dass es bis zu vier Jahrzehnte dauern könnte, bis die Trümmer vollständig beseitigt und verarbeitet sind.

Internationale Helfer, denen es gelungen ist, nach Gaza einzureisen, beschreiben die Lage dort als dystopische Trümmerlandschaft – eine treffende Charakterisierung für ein Gebiet von 365 Quadratkilometern, das einer Bombardierung ausgesetzt war, das dem Sechsachen der Atombombe entspricht, die 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde. Mit dem Winter haben sich die Lebensbedingungen der Palästinenser in Gaza nur noch verschlechtert. Zu Beginn dieses Jahres starben Kinder (inzwischen schon 8 - Pako) wegen der eisigen Kälte an Unterkühlung, und es ist zu befürchten, dass sich solche Fälle wiederholen werden.³

Unterdessen reicht die spärliche Hilfe, die derzeit in den Gazastreifen gelangt, bei weitem nicht aus, um die humanitäre Katastrophe zu bewältigen, die dieser Völkermord ausgelöst hat. Schätzungen zufolge werden Hilfsgüter im Wert von mindestens 50 Millionen Dollar an den Grenzübergängen aufgehalten und vom israelischen Regime daran gehindert, nach Gaza zu gelangen. Zu diesen

Hilfsgütern gehören lebenswichtige Vorräte für den Winter, darunter Zelte und Planen, Decken und Matratzen. 4

Während die Palästinenser, insbesondere diejenigen im Gazastreifen, darum kämpfen, die Verwüstungen der letzten zwei Jahre zu verarbeiten, planen die mächtigsten Akteure der Welt erneut ihre Zukunft ohne sie. Es ist ein bekanntes Muster, das ein Jahrhundert externer Pläne für das palästinensische Volk widerspiegelt – von Sykes-Picot und dem UN-Teilungsplan von 1947 über Camp David 1978 und die Roadmap für den Frieden von 2003 bis hin zu Trumps „Deal des Jahrhunderts“ von 2020 und dem heutigen „Waffenstillstand“.

Mit jeder Wiederholung wurde die Geografie Palästinas weiter eingeschränkt: Seine Grenzen wurden neu gezogen, seine Souveränität fragmentiert und sein Volk wurde in den globalen politischen Kalkülen zunehmend entbehrlich gemacht. Die kumulative Wirkung dieser von außen getriebenen Initiativen war die fortschreitende Auslöschung der politischen Handlungsfähigkeit der Palästinenser, die stattdessen durch einen Diskurs über „Frieden“ und „Stabilität“ ersetzt wurde, der dazu dient, die fortgesetzte koloniale Enteignung zu legitimieren.

Das Muster bleibt tragischerweise unverändert: Über die Zukunft Palästinas wird ständig von anderen verhandelt, während von den Palästinensern selbst erwartet wird, dass sie sich mit den Grenzen, Behörden und Bedingungen abfinden, die zu ihrer Eindämmung geschaffen wurden.

Pläne zur Kontrolle

Dieser jüngste Waffenstillstand steht im Einklang mit diesem Drehbuch der kolonialen Enteignung und Eindämmung. Er ist Teil der ersten Phase des sogenannten 20-Punkte-Friedensplans von US-Präsident Trump, der weniger wie ernsthafte Diplomatie wirkt, sondern eher wie eine Liste von Stichpunkten eines Politikstudenten im Grundstudium. Schlimmer noch, er tritt das Völkerrecht mit Füßen: Er verletzt weiterhin das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und widerspricht dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs, wonach humanitäre Hilfe in Gaza von unparteiischen humanitären Organisationen, darunter das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA), geleistet werden sollte.

Er stellt eine weitere Form der gewaltsamen kolonialen Kontrolle über Gaza dar. Dennoch wird er von Drittstaaten weiterhin als ernstzunehmender Verhandlungsrahmen betrachtet, was sowohl das diplomatische Vakuum verdeutlicht, das er zu füllen versucht, als auch eine deutliche Zunahme der diplomatischen Zurückhaltung gegenüber der Trump-Regierung.

Trumps Plan beginnt mit der Erklärung, dass Gaza zu einer „deradikalierten, terrorfreien Zone“ werden soll, und fordert die Einstellung „militärischer Operationen“. Er enthält auch Einzelheiten zu einem Geiselaustausch, der inzwischen stattgefunden hat, wenn auch mit einigen Verzögerungen, da die Hamas Schwierigkeiten hatte, die Leichen der Israelis, die höchstwahrscheinlich bei is-

raelischen Luftangriffen getötet wurden, aus den Trümmern zu bergen. Der Plan fordert außerdem, dass die Hamas im Gegenzug für eine Amnestie ihre Waffen niederlegt. Anschließend wird ein neues Regierungsmodell für Gaza vorgeschlagen, bei dem Donald Trump selbst den Vorsitz eines Aufsichtsgremiums übernehmen soll, zusammen mit einer Gruppe internationaler Persönlichkeiten, zu denen Berichten zufolge auch der ehemalige britische Premierminister Tony Blair gehört, der Großbritannien in den Irakkrieg geführt hat, der Hunderttausende Iraker das Leben gekostet hat.

Heute ist Gaza ein Tatort: Die Leichen Tausender getöteter Palästinenser müssen noch geborgen werden, und die Gräueltaten müssen untersucht und dokumentiert werden. Jeder Plan, der dies nicht berücksichtigt, ist ein Versuch, die Verbrechen des israelischen Regimes zu vertuschen.

Die palästinensische Beteiligung beschränkt sich dagegen auf technokratische und angeblich „unpolitische“ Rollen, während die Hamas und andere palästinensische politische Fraktionen vollständig von der Regierungsführung ausgeschlossen werden sollen. Es soll eine Internationale Stabilisierungstruppe (ISF) eingerichtet werden, um eine neue „geprüfte“ palästinensische Polizei auszubilden und die Grenzen zu sichern. Sobald sich die ISF etabliert hat, sollen sich die israelischen Regierungstruppen zurückziehen. Der Plan schließt mit vagen Verweisen auf künftige internationale Investitions- und Wiederaufbaumaßnahmen.

Seit seiner Veröffentlichung wurde der Plan von vielen Staats- und Regierungschefs weltweit als großer diplomatischer Erfolg gefeiert. Am 13. Oktober versammelten sich die Staatschefs in Sharm el-Sheikh, um den Plan auf den Weg zu bringen – eine Veranstaltung, die als Gelegenheit zur Erweiterung und Verfeinerung der Vorschläge angekündigt wurde. Letztendlich bot der Gipfel jedoch wenig Substanzielles außer Spektakel: Er war eine Bühne für die Staats- und Regierungschefs der Welt, um Präsident Trump ihre Ehrerbietung zu erweisen.

Einer nach dem anderen ertrugen sie Trumps Schelte und Selbstbewehräucherung, eine rituelle Demütigung, die als Diplomatie getarnt war. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmoud Abbas, erschien und traf sich weniger als eine Minute lang mit Trump. Nach Angaben des US-Präsidenten selbst gratulierte Abbas Trump dafür, dass er „Dinge getan habe, die kein anderer Präsident hätte tun können“. Bemerkenswert ist jedoch, dass weder Abbas noch andere Palästinenser an der Ausarbeitung von Trumps Plan beteiligt waren.

Etwas mehr als einen Monat später, am 17. November, verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) eine Resolution, die Trumps Plan effektiv billigte und die Schaffung eines Aufsichtsgremiums und der ISF genehmigte. Das Aufsichtsgremium, bekannt als „Board of Peace“

(Friedensrat), wird von Präsident Trump geleitet und hat die vollständige Aufsicht über humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und „vorübergehende“ Regierungsführung. Damit werden nicht nur bestehende lokale Strukturen und UN-Agenturen umgangen, sondern auch die direkte Kontrolle der USA über alle Aspekte des Lebens in Gaza durchgesetzt. Es ist eine grausame Ironie, dass die USA von der UNO die effektive Kontrolle über Gaza erhalten hat, obwohl sie gemeinsam mit dem israelischen Regime den Völkermord begangen haben.

Dennoch ist dies nicht überraschend. Der Ausschluss der Palästinenser von Entscheidungen über ihre politische Zukunft ist zu einem festen Bestandteil der internationalen Diplomatie geworden, parallel dazu werden ihnen ständig Bedingungen hinsichtlich des Umfangs und der Legitimität ihrer Selbstverwaltung auferlegt – und das nicht nur von den USA. In seiner Erklärung zur Anerkennung des Staates Palästina Mitte September 2025 stellte der britische Premierminister Keir Starmer fest, dass die Hamas keine Rolle in der Regierung eines zukünftigen palästinensischen Staates spielen werde. Angesichts der Haltung der britischen Regierung gegenüber der Hamas ist dies zwar nicht überraschend, doch Starmer stellte in seiner Erklärung die palästinensische Selbstbestimmung ausdrücklich als bedingt dar – und nicht als ein angeborenes Recht.

Ähnlich verhielt es sich, als Norwegen, ein Land, das oft als einer der stärksten Kritiker des Staates Israel in Europa angesehen wird, im vergangenen Jahr den Staat Palästina anerkannte. Der norwegische Außenminister fügte jedoch eine bedingte Einschränkung hinzu: „Das Ziel ist es, einen palästinensischen Staat zu schaffen, der politisch einheitlich ist und aus der Palästinensischen Autonomiebehörde hervorgeht.“

Die PA ist jedoch ein nicht gewähltes Gremium, das von der regierenden politischen Fraktion Fatah dominiert wird. Ihre mangelnde Legitimität in der Bevölkerung und die zunehmende Wahrnehmung unter den Palästinensern, sie sei ein Subunternehmer der Besatzungsmacht, scheinen ausgeblendet zu werden. Die PA ist zudem stark von EU-Geldern abhängig, wodurch sie in vielerlei Hinsicht den europäischen Staaten verpflichtet ist.

Die Zukunft der palästinensischen Regierungsführung von einer nicht gewählten, im Inland unpopulären Institution abhängig zu machen – einer Institution, die strukturell weiterhin auf externe Unterstützung angewiesen ist –, zeigt einmal mehr, was westliche Mächte als akzeptable palästinensische Selbstbestimmung betrachten.

Tatsächlich geht es bei den internationalen Forderungen nach einer „Reform“ der PA, die auch in der Resolution des UN-Sicherheitsrats enthalten ist, nicht darum, diese marode Institution zum Wohle des palästinensischen Volkes zu reformieren oder zu demokratisieren. Vielmehr handelt es sich bei dieser vage formulierten Forderung um die Stärkung des Sicherheitsapparats der PA und ihrer autoritären Kontrolle über das eigene Volk.

Wiederaufbau als großes Geschäft

Für Präsident Trump geht es darum, seinen sich selbst angemaßten Titel als Friedensstifter der Welt zu schützen, indem er den Waffenstillstand aufrechterhält und die Resolution des UN-Sicherheitsrats vorantreibt. Das Ziel sind auch potenzielle Gewinne, denn Wiederaufbau ist ein großes Geschäft. Die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die Weltbank schätzen die Kosten für den Wiederaufbau des Gazastreifens auf mehr als 70 Milliarden Dollar.

In seiner Rede vor der israelischen Knesset am 14. Oktober dankte Trump den „arabischen und muslimischen Nationen“ für ihre Zusage „enormer“ Geldsummen für den Wiederaufbau. Die betreffenden Nationen – vor allem Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar – haben sich seitdem hinsichtlich des Umfangs und des Zeitplans ihrer finanziellen Zusagen auffallend vage geäußert. Wie ihre westlichen Partner haben auch diese Regierungen ihre eigenen politischen Kalküle, wer nach dem Krieg die Regierung in Gaza übernehmen soll. Außerdem sind Wiederaufbaugelder selten neutral: Sie sind Instrumente der Einflussnahme, oft verbunden mit expliziten oder impliziten Bedingungen, die die politischen Ergebnisse vor Ort beeinflussen. Mit Präsident Trump an der Spitze des „Friedengremiums“ werden die USA nun die ultimative Kontrolle über den Wiederaufbauprozess haben.

Auf dem Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh sagte Starmer 20 Millionen Pfund (rund 26,3 Millionen Dollar) aus britischen Mitteln für den Wiederaufbau zu – ein relativ geringer Prozentsatz der insgesamt benötigten Summe. Es ist offensichtlich, dass Starmer mehr daran interessiert ist, Großbritannien nicht als wichtigen Geldgeber zu positionieren, sondern als das Land, das die Wiederaufbaubemühungen leitet und fördert. Mitte Oktober berief die britische Regierung eine Sitzung in Wilton Park ein – dem Forum des Außenministeriums für strategischen Dialog und politische Diskussionen –, um das Thema zu erörtern. Anwesend waren ägyptische und palästinensische Vertreter sowie Geldgeber aus der Privatwirtschaft, internationale Investoren und Vertreter der Weltbank. Der britische Minister für den Nahen Osten, Hamish Falconer, bekräftigte die Unterstützung für den im März 2025 vorgelegten arabischen Wiederaufbauplan, der sowohl vom israelischen Regime als auch von der Trump-Regierung abgelehnt worden war.

Der Plan wurde ursprünglich von der ägyptischen Regierung entwickelt und später von der Arabischen Liga gebilligt. Er sieht einen dreistufigen Ansatz für den Wiederaufbau vor: In Phase eins liegt der Schwerpunkt auf der ersten Trümmerbeseitigung und dem Bau von Notunterkünften; in Phase zwei werden die Trümmer in großem Umfang beseitigt und wichtige Infrastrukturen wie Versorgungsnetze und Wohnraum geschaffen; in der letzten Phase werden zusätzliche Wohnungen, ein Industriegebiet, Häfen und ein internationaler Flughafen gebaut. In der Anfangsphase würden Technokraten die Umsetzung überwachen, danach würde die Palästinensische Autonomiebehörde die Verwaltung des Gazastreifens übernehmen.

Der Plan sieht auch eine internationale Truppe vor, die für die Sicherheit zuständig sein soll – eine Idee, die später in den Trump-Plan übernommen und nun durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt wurde. Der Wiederaufbau in Gaza ist nun an den Einsatz der internationalen Stabilisierungstruppe geknüpft. Allerdings gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wer das Personal für die ISF stellen soll; die Trump-Regierung hat deutlich gemacht, dass Truppen aus den Vereinigten Staaten nicht beteiligt sein werden.

Aus Dokumenten des US-Zentralkommandos (CENTCOM), die dem *Guardian* vorliegen, geht hervor, dass die USA gehofft hatten, europäische Länder – darunter Deutschland und Großbritannien – würden Soldaten zur Verfügung stellen. Nun scheint es wahrscheinlicher, dass Länder aus der Region das Personal für die Truppe schicken werden. Verschiedene Berichte deuten darauf hin, dass Ägypten die Führung übernehmen würde, möglicherweise mit Unterstützung der Türkei, Indonesiens und Katars. Die Entwaffnung der Hamas – etwas, das das israelische Regime nicht geschafft hat und wozu die ISF beauftragt ist – ist keine attraktive Aufgabe. Die Möglichkeit, mehr Einfluss in der Region auszuüben, beinhaltet das jedoch, und letztendlich wird dies der große Anreiz sein.

Für die ägyptische Regierung war Gaza – schon vor dem Völkermord – seit langem ein ständiges Sicherheitsproblem. Eine stärkere Beteiligung an den Sicherheitsvorkehrungen im Gazastreifen nach dem Völkermord könnte Kairo den Einfluss und die Kontrolle verschaffen, die es seit langem anstrebt, um seine Interessen zu wahren. Aber die ägyptische Regierung ist nicht nur um die Sicherheit besorgt. Sie ist auch an den lukrativen Möglichkeiten interessiert, die sich zwangsläufig aus den Wiederaufbaumaßnahmen ergeben werden.

Ibrahim el Argany, einer der einflussreichsten Geschäftsleute Ägyptens und (zumindest bis vor kurzem) Chef der paramilitärischen Organisation „Union of Sinai Tribes“, wird voraussichtlich eine Rolle beim Wiederaufbau spielen. Während des Völkermords soll el Arganys Tourismusberatungsunternehmen Hala Millionen verdient haben, indem es verzweifelten Palästinensern Tausende von Dollar pro Person für die Beschaffung von Genehmigungen der ägyptischen Regierung für den Grenzübergang Rafah berechnete. El Arganys Dominanz auf der Sinai-Halbinsel – und damit seine Nähe zu Gaza – in Verbindung mit seinen engen Beziehungen zum Sisi-Regime haben ihn zu einem Favoriten für die hoch lukrativen Verträge zur Trümmerbeseitigung gemacht.⁵

Durch die Instrumentalisierung von Hilfe und Planung sind diese Wiederaufbaudiskussionen Versuche, die Existenz der Palästinenser auf immer kleiner werdendem Land zu kontrollieren und ihnen gleichzeitig eine selbstbestimmte Zukunft zu verweigern. Aber diese Pläne umgehen auch bewusst Fragen der Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht.

Heute ist Gaza ein Tatort: Die Leichen Tausender getöteter Palästinenser müssen noch geborgen werden, und die Gräueltaten müssen untersucht und dokumentiert werden. Jeder Plan, der dies

nicht berücksichtigt, ist ein Versuch, die Verbrechen des israelischen Regimes zu vertuschen. Wiederaufbau ohne Anerkennung des Völkermords ist keine Wiederherstellung – es ist Verschleierung. Er umgeht die Gerechtigkeit, beschönigt Gräueltaten und verwandelt einen Ort des Massenmords in eine Bühne für Profit und fortgesetzte Unterdrückung.

Unterdessen hat das israelische Regime es nicht eilig, mit den Wiederaufbauarbeiten ernsthaft zu beginnen, und da die Streitkräfte des israelischen Regimes alle Grenzübergänge kontrollieren, einschließlich des Grenzübergangs Rafah zu Ägypten, kann ohne ihre Zusammenarbeit kaum etwas geschehen.

Eine vielsagende Aussage darüber, wie es in Gaza weitergehen wird, stammt vom stellvertretenden US-Präsidenten JD Vance, der sagte, dass der Wiederaufbau in den Gebieten beginnen werde, „in denen die Hamas nicht operiert“ – mit anderen Worten, jenseits der gelben Linie und unter der Kontrolle der israelischen Armee.

Es handelt sich um einen Plan, der Gaza in Teile zerlegt, in denen Wiederaufbau erlaubt ist, und andere, in denen dies nicht der Fall ist. In den ersten werden wahrscheinlich lokale Milizen, die vom israelischen Regime unterstützt werden, das Sagen haben – Milizen aus bevorzugten palästinensischen Kollaborateuren, die während des Völkermords mit israelischen Waffen versorgt wurden, um Recht und Ordnung zu stören und zu versuchen, die Hamas zu vertreiben. Im Großen und Ganzen sind sie gescheitert, aber sie werden zweifellos wieder von den neuen ISF instrumentalisiert werden. Unterdessen werden die Palästinenser in Gaza weiterhin vertrieben und durch den Staat Israel und die USA in Gebiete ihrer Wahl gezwungen. Auf diese Weise wird der Wiederaufbau als Fortsetzung der ethnischen Säuberung und des Völkermords fungieren – wenn auch eher schrittweise und sicherlich außerhalb der Schlagzeilen.

Eine von Palästinensern geführte Zukunft?

Die Pläne der Trump-Regierung für Gaza, die nun schändlicherweise von der UNO gebilligt wurden, sind ein weiteres Beispiel für die Herstellung einer globalen Zustimmung zur fortgesetzten kolonialen Kontrolle über ein Volk, das seit über einem Jahrhundert kolonialisiert und brutal unterdrückt wird.

Dieser neue Kolonialismus muss nicht die einzige Option sein. Im Januar 2025 wurde ein Dokument mit dem Titel „Phoenix Plan“⁶ von einem interdisziplinären und generationsübergreifenden Konsortium palästinensischer Experten veröffentlicht. Diese gemeinsame Initiative, die Stimmen aus Gaza, der Westbank und der Diaspora zusammenbrachte, hatte zum Ziel, die kurz- bis mittelfristigen Bedürfnisse der Palästinenser in Gaza anzugehen.

Vor allem aber wurden Experten aus lokalen Kommunen in Gaza einbezogen, Menschen mit fundierten Kenntnissen über das Land und die Gemeinschaften vor Ort, und es wurden die realen Um-

stände des Völkermords anerkannt. Der Plan wurde etwa zur gleichen Zeit veröffentlicht, als Trump seine dystopische Vision einer „Gaza-Riviera“ propagierte. Der Phoenix-Plan ist der einzige von Palästinensern entwickelte Wiederaufbauvorschlag, der während des Völkermords entstanden ist; eine seltene und radikale Behauptung der palästinensischen Zukunftsvision angesichts der Vernichtung. Es ist auch der einzige Plan, der detailliert und fachlich ist und auf empirischen Erkenntnissen der dort lebenden Menschen basiert.

Dass der Plan von den internationalen Medien und politischen Entscheidungsträgern weitgehend ignoriert wurde, ist nicht überraschend. Ebenso wenig verwunderlich ist seine Ablehnung durch die PA. Der Plan sieht keine Rolle für die PA in Gaza vor, sondern betont lokale Wiederaufbaube-mühungen, insbesondere durch die Kommunen in Gaza. Im Gegensatz dazu sieht der Wiederaufbauplan der Arabischen Initiative ausdrücklich vor, dass die PA die Regierungsgewalt über Gaza übernimmt, ohne die Präferenzen der Bewohner hinsichtlich ihrer politischen Führung zu berücksichtigen.

Der Phoenix-Plan zeigt nicht nur, wie ein von Palästinensern geführter Wiederaufbauprozess aussehen könnte, sondern auch, wie es aussieht, wenn Palästinenser nicht für, sondern trotz der vorgesehenen zukünftigen Entwicklung planen. Tatsächlich ist das israelische Regime darauf angewiesen, dass die Palästinenser in einem Kreislauf des Überlebens gefangen sind – sie bauen wieder auf, nur um erneut zerstört zu werden. Es ist eine Taktik der Unterdrückung: einem Volk nicht nur sein Land und sein Leben zu rauben, sondern auch seine Fähigkeit, sich eine Zukunft aufzubauen. Es ist mehr als deutlich geworden, dass die derzeitige internationale, auf Regeln basierende Ordnung daran beteiligt ist, wie die Unterstützung von Trumps Plan zeigt. Sie verpackt den Kolonialismus neu – statt ihn abzubauen – und hält damit auch die Palästinenser in diesem Kreislauf gefangen.

Doch die Palästinenser zeigen auch einen Plan für die Zukunft, indem sie ihn in der Gegenwart umsetzen. In den Ruinen der zerbombten Stadtviertel legen die Menschen in Gaza Gärten an, feiern Hochschulabschlüsse in Zelten und heiraten. Das ist keine Romantik. Es ist ein Beweis dafür, dass die Palästinenser selbst inmitten eines Völkermords das Leben und die Kontinuität behaupten; sie weigern sich, sich vernichten zu lassen.

Für uns außerhalb von Gaza stellt sich nicht nur die Frage, wie wir auf die massive Zerstörung reagieren, sondern auch, wie wir uns am Wiederaufbau der Möglichkeiten selbst beteiligen – wie wir dazu beitragen, eine palästinensische Zukunft zu erhalten, die frei und ungebunden von den Bedingungen des Kolonialismus ist.

Yara Hawari ist Co-Direktorin von Al-Shabaka. Zuvor war sie als Referentin für Palästina-Politik und Senior Analystin tätig. Yara promovierte in Nahostpolitik an der Universität Exeter, wo

sie verschiedene Bachelor-Studiengänge unterrichtete und weiterhin als ehrenamtliche Forschungsstipendiatin tätig ist. Neben ihrer akademischen Arbeit, die sich auf indigene Studien und mündlich überlieferte Geschichte konzentrierte, schreibt sie regelmäßig als politische Kommentatorin für verschiedene Medien, darunter The Guardian, Foreign Policy und Al Jazeera English.

1 <https://www.theguardian.com/world/2025/oct/26/fears-gaza-temporary-ceasefire-line-could-become-permanent-new-border#:~:text=Fears%20Gaza%20'temporary'%20ceasefire%2oline%20could%2obecome%20permanent%2onew%20border,-This%20article%20is&text=A%20supposedly%20temporary%2oyellow%2oline,dramatic%20consequences%20for%20Palestine's%20future.>

2 <https://www.independent.co.uk/bulletin/news/palestinians-killed-ceasefire-gaza-israel-b2850397.html>

3 <https://www.bradford.ac.uk/news/archive/2025/gaza-bombing-equivalent-to-six-hiroshima-says-bradford-world-affairs-expert.php>

4 <https://www.nrc.no/news/2025/october/mounting-alarm-as-israeli-authorities-reject-ngo-applications-to-transport-life-saving-aid-into-gaza>

5 <https://www.madamasr.com/en/2024/02/13/feature/politics/the-argany-peninsula/>

<https://observer.co.uk/news/international/article/a-reborn-gaza-will-take-decades-and-cost-billions-and-the-queue-for-the-job-starts-here>

6 <https://phoenix-gaza.org/>

Quelle: <https://newint.org/colonialism/2026/neocolonialism-gaza>

Übersetzung: Pako –palaestinakomitee-stuttgart.de